

Ingo Schmidt

## **Börsenfieber und Corona-Virus**

***Krise des Tauschwertes, Gebrauchswert der Krise, Ökonomie des Gebrauchswertes***

Das Fieber kam vor dem Virus. An der Börse. Im Spätsommer 2019. Mochten Ökonomen noch so offen darüber spekulieren, ob es 10 Jahre nach der Großen Rezession nicht Zeit für den nächsten Abschwung sei. Mochten sie darauf hinweisen, dass die letzte Krise nie so richtig überwunden wurde. Die Börsenianer fieberten neuen Rekorden entgegen. Dass sich die Konjunktur nur noch mit Mühe weiterschleppte, geriet aus ihrem Blick. Bis sich Ende Februar diesen Jahres die Angst breitmachte Corona-Virus und Ausgangssperre seien nicht exotische Erscheinungen im chinesischen Wuhan, sondern möglicherweise ein Bedrohung für die, wenn auch untertourig laufende, Weltwirtschaft. Tatsächlich breitete sich der Corona-Virus ebenso schnell aus, wie das Börsenfieber einige Monate zuvor.

Ein paar Wochen später folgten Ausgangssperren rund um den Globus. Die Warenströme kamen weitgehend zum Erliegen, die Börsenkurse gaben weiter nach. Börsianer, Banker und Unternehmer konnten endlich einmal sagen: Wir warn's nicht. ‚Unsere‘ Wirtschaft ist Opfer der Naturgewalten. Braucht aber ‚eure‘ Hilfe, damit wenigstens die Geldströme weiterfließen können. Der Verweis auf die Natur ist allerdings zweischneidig: Erstens spricht einiges dafür, dass die Art und Weise in der ‚ihre‘ Wirtschaft organisiert ist, die Viren-Übertragung von Tier auf Mensch und deren anschließende Verbreitung in nie gekanntem Ausmaß begünstigt. Zweitens galt diese Wirtschaftsordnung bislang als das Natürlichste der Welt. Ein Produkt von Variation und Selektion, in dem sich die Besten durchgesetzt haben und nun die Last der Verantwortung für die weniger Befähigten tragen. Dafür aber auch Opfer verlangen dürfen. Es könnte allerdings sein, dass sich die von oben als weniger Befähigten als eigensinnig erweisen, sich vom zur zweiten Natur gewordenen Kapitalfetischismus befreien und der Profitwirtschaft weitere Opfer verweigern.

### **Krise des Tauschwertes**

Vor Corona und Rezession, als das Börsenfieber die Welt noch im Griff hatte, wurden unter Ökonomen und Journalisten verschiedene Interpretationen über die Entwicklung seit der Großen Rezession und die weitere Zukunft ausgetauscht. Skeptiker verwiesen darauf, dass die Zinsen im Gegensatz zu früheren Aufschwüngen nach Überwindung der Krise 2008/9 kaum über die Nullprozentmarke gestiegen seien. Insofern sei die Krise gar nicht richtig überwunden. Überwunden oder nicht: jedenfalls war der Aufschwung in Nordamerika und Westeuropa schwächer als vorangegangene und auch China schaltete in Sachen Wachstum einen Gang zurück. Sonnigere Gemüter verwiesen darauf, dass der letzte Aufschwung länger als vorangegangene anhielt. Trotzdem waren auch sie der Ansicht, dass die Wirtschaft nicht so richtig rundlief und es genügend Sollbruchstellen gäbe, die das Ende des Aufschwungs auslösen könnten.

Dazu zählten die Handelskonflikte zwischen den USA und China, Spannungen innerhalb der Handelsblöcke EU und NAFTA; die Auswirkungen einer gerade anlaufenden Automatisierungswelle, Stichwort Künstliche Intelligenz, auf den Arbeitsmarkt und die Konkurrenz zwischen den Produzenten fossiler und erneuerbarer Energien. Nur einen Virus als Krisenauslöser hatten sie nicht auf der Rechnung. Im Gefolge von SARS und Ebola hatten Epidemiologen darauf hingewiesen, dass die globale Agrarindustrie die Verbreitung von Epidemien befördert. In die Prognosemodelle der Konjunkturforschung waren diese Warnungen jedoch nicht eingegangen.

Deutlich an Interesse verloren Ökonomen am Thema Schulden. Die Große Rezession

galt vielen von ihnen keineswegs als Ausdruck allgemeiner Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage, sondern bedauerliche Folge ausufernder Immobilienschulden in den USA. Dass die Eurokrise von überbordenden Staatsausgaben und damit verbundenen Schulden ausgelöst war, verstand sich von selbst. Nach der Immobilienkrise ging die Haushaltsverschuldung in den USA zurück, die Staatsverschuldung konnte trotz mehr oder minder drastischer Sparmaßnahmen nur in sehr wenigen Ländern gesenkt werden. Eine Folge geringen Wachstums, oft genug gepaart mit Steuersenkungen auf Gewinne und Vermögen. Dafür stieg in vielen Ländern die Verschuldung der privaten Unternehmen stark an. Ein für wirtschaftsfreundliche Ökonomen etwas peinliches Thema.

Kredite zur Ausweitung der Geschäftstätigkeit waren dabei die Ausnahme. Unternehmen, die steigende Umsätze erwarten durften, beispielsweise IT-Riesen wie Amazon, Apple und Netflix, konnten ihre Investitionen zumeist aus Gewinnen früherer Perioden finanzieren. Für viele andere, vor allem kleinere Unternehmen waren Kredite schlicht eine Überlebensfrage. Nicht wenige unter den Großen nutzten das billige Kreditangebot zur Finanzierung von Firmenübernahmen oder dem Kauf eigener Aktien. Kurse, Dividenden und Managerboni wurden so in die Höhe getrieben. Nur Erweiterungsinvestitionen gab es wenige. Deswegen war der Aufschwung ja so schwach. Die massive Ausweitung des Geldangebotes während der Großen Rezession hat zwar einen Stillstand der Geld- sowie der darüber vermittelten Warenzirkulation verhindert. Aber sie hat keinen Aufschwung ausgelöst, aus dessen allgemeinen Umsatzsteigerungen Kredite hätten getilgt werden können. Stattdessen floss billiges Geld in neue Finanzblasen: Schulden und Börsenkurse sind der Produktion von Gütern und Dienstleistungen seit Überwindung der Großen Rezession weit vorausgelaufen.

### **Gebrauchswert der Krise**

Staatliche Ausgabenprogramme hätten Jobs schaffen und den ökologischen Umbau der Wirtschaft fördern können. Deshalb waren sie nicht gewollt. Oder genauer: Wurden eingestellt sobald der Absturz der Wirtschaft eingestellt war. Eine mit knapper Not der Krise entkommene Kapitalistenklasse wollte sich nicht dauernd von Regierungen und Parlamenten, die schlimmstenfalls den wirtschaftsschädlichen Forderungen verschiedener Protestbewegungen nachgeben, reinreden lassen. Solche Aussichten hätten krisengeplagte Investoren weiter verunsichert. Strenge Ausgabendisziplin war zur Wiederbelebung der Investitionsneigung nötig. Auch wenn es dann doch nur zu Anlagen an der Börse gereicht hat. Anders als Investitionen in Anlagen und Infrastruktur lassen sich Börsengeschäfte im Falle neuer Unsicherheiten schnell rückgängig machen. Wie im Fall der weltweiten Corona-Epidemie.

In der hiervon ausgelösten Krise helfen allerdings auch keine Staatsausgabenprogramme. Zwecks Verlangsamung der Verbreitung des Corona-Virus erlassene Ausgangssperren zwingen einen großen Teil der Wirtschaft zum Stillstand, ganz gleich wie viel private oder öffentliche Nachfrage es gibt. Solange die Ausgangssperren gelten, heißt es auch für Unternehmer und Finanziere abwarten und das Beste draus machen: Beispielsweise dafür zu sorgen, dass ein guter Teil finanzieller Notprogramme in den eigenen Taschen landet. Und sich auf das Wiederanfahren der Betriebe vorbereiten. Unter anderem durch Forderungen mit den Ausgangssperren verbundene Beschränkungen des Demonstrationsrechtes beizubehalten. Die ansteigende Welle der Klimaproteste gehörte zu den ersten Kollateralschäden der Corona-Epidemie. Die Protestierer müssen ja nicht gleich wieder auf die Straße gehen, nur weil der Weg zur Arbeit erlaubt ist. Wenn es sich rechnet, legt man schon mal Geld in Sonnen- und Windenergie an, will sich aber von irgendwelchen Ökofuzzis nicht vorschreiben lassen, solche Investitionen auch dann zu tätigen, wenn die Profitaussichten unsicher sind. Als wenn es nicht schon genug andere Unsicherheiten gibt.

Beispielsweise ob es gelingt, die Rechnung für die aktuellen Finanzhilfen auch diesmal wieder dem gemeinen Volk aufzudrücken. Die Argumente sind ja bekannt: Wenn ihr nicht bezahlt, erdrücken uns die Schulden. Die Wirtschaft bricht zusammen. Wir sitzen alle im selben Boot. Mit dieser Gebetsmühle wurde nicht erst nach der Großen Rezession 2008/9 geklappert. Sie gehört zum Standardrepertoire des wirtschaftspolitischen Klassenkampfes von oben.

Mag die Wirtschaftsstatistik die Behauptung, die Sparpolitik von heute sei die Prosperität von morgen noch so oft wiederlegen: geglaubt wurde Botschaft dennoch von vielen. Wenn auch nicht geliebt. Ob das auch diesmal wieder der Fall sein wird, muss sich zeigen. Die gegenwärtige Krise ist schließlich nicht von den inneren Widersprüchen des Kapitalismus, sondern von Natur und Politik verursacht worden. Dass diese Widersprüche den Kapitalismus bis an den Rand der Krise gebracht haben, wo es dann nur noch eines kleinen Anstoßes bedurfte, um die Konjunktur in den Abgrund zu schicken, mag ja stimmen. Klingt aber auch etwas spitzfindig. Ebenso wie der, empirisch ebenso belegbare, Hinweis, dass industrielle Agrarproduktion und Globalisierung die Verbreitung von der Natur produzierter Viren in menschlichen Gesellschaften massiv befördert haben.

### **Ökonomie des Gebrauchswertes**

Gerade weil der Kapitalismus diesmal nur als Krisenanstifter aber nicht Hauptschuldiger auf der Anklagebank sitzt, könnte er Schaden nehmen. Die Ursachen von Wirtschaftskrisen, sozialer Spaltung und ökologischer Zerstörung zu verstehen, ist eine Sache. Sie zu überwinden eine andere. Dazu bedarf es einer ungefähren Vorstellung, wie dies zu bewerkstelligen und wie eine andere, nicht-kapitalistische Wirtschaft gestaltet werden könnte. Und es bedarf des massenhaft verbreiteten Vertrauens, diese Vorstellungen gemeinschaftlich in die Tat umsetzen zu können. An Vorstellungen und Vertrauen hat es in der jüngeren Vergangenheit stets gemangelt. Auch wenn der Kapitalismus zunehmend in die Kritik gekommen ist, dominierte immer noch der Glaube, dass eine andere Welt vielleicht wünsch- aber leider nicht realisierbar ist.

Den Glauben zu schaffen, dass der Kapitalismus geradezu eine natürliche und deshalb nicht aus der Welt zu schaffende Ordnung ist, ist eine der größten Leistungen dieser Produktionsweise. Er beruht teilweise auf der Erfahrungstatsache, dass sich am Markt, einschließlich des Arbeitsmarktes, Freie und Gleiche gegenüber treten. Niemand wird zum Vertragsabschluss gezwungen und es steht auch nichts von unbezahlter Mehrarbeit im Arbeitsvertrag. Wer einen Job sucht aber nicht findet, fragt sich ‚natürlich‘ ob ein niedrigerer Lohn den Verkauf der Arbeitskraft nicht ebenso ermöglicht wie Preisabschläge kurz vor Ladenschluss auch die letzten Brötchen noch Käufer anlocken. Angebot und Nachfrage halten die Wirtschaft zusammen. Verträge nicht einzuhalten, beispielsweise ausstehende Schulden nicht zu bezahlen, würde den Laden in Unordnung bringen.

Nun ist der Laden aber schon in Unordnung. Jeder fürchtet sich allein vor dem Corona-Virus und versucht der Ansteckung durch Abstandhalten zu entgehen. Galten Börsenkurse und Wettbewerbsfähigkeit gestern noch als Voraussetzung eigenen Wohlergehens, wird nun schlagartig klar, dass das eigene Leben der Arbeit vieler anderer abhängt. Derer, die trotz Ausgangssperre und Abstandsgebot Brötchen backen und ausliefern und sich gegebenenfalls um jene zu kümmern, die sich trotz aller Vorsichtsmaßnahmen mit dem Virus infiziert haben. Nicht Angebot und Nachfrage lassen uns leben sondern gemeinschaftliche Arbeit. Lange hinter der Glitzerwelt der Börse verborgen, wird diese Wahrheit erfahren. Vielfach allein, im Abstand von anderen. Diese vereinzelt aber massenhaft gemachte Erfahrung sollte sich organisieren lassen.